



Hintergrund - Seite 6

WIRTSCHAFT

Lies verspricht Hilfe für Autozulieferer, IG Metall fordert Zukunftskonzepte

Der Umstieg vom Verbrennungsmotor auf den Elektroantrieb wird den Wirtschaftsstandort Niedersachsen drastisch verändern. „Die Anzahl der Teile in Elektromotoren ist sehr viel kleiner. Da werden ganze Wertschöpfungsketten infrage gestellt“, erklärte gestern Prof. Thomas Vietor von der TU Braunschweig bei einem Netzwerktreffen der Transformationsagentur Niedersachsen. Der Elektroantrieb auf der Hinterachse des Porsche Taycan bestehe zum Beispiel nur noch aus bis zu 200 anstatt wie bei einem Verbrenner üblich aus 1400 Einzelteilen. Für die Automobilzulieferer, die bisher genau diese bald überflüssigen Komponenten gefertigt haben, brechen also harte Zeiten an. Doch der Leiter des Instituts für Konstruktionsforschung machte den Zulieferern auch Hoffnung:



Prof. Thomas Vietor sieht Herausforderungen aber auch Chancen für die Automobilzulieferer am Horizont.

Obwohl es künftig weniger Einzelteile geben wird, wird der Markt größer, sagte Viotor. Der weltweite Branchenumsatz werde von 950 Milliarden Euro pro Jahr (Stand: 2019) bis 2030 voraussichtlich auf 1260 Milliarden Euro anwachsen. „Die Wertschöpfungen in der Komponentenfertigung steigt. Um davon zu profitieren, erfordert es in allen Bereichen aber einen enormen Wandel“, so der Experte für Systemtechnik.

„Wenn wir nicht rausgehen mit der Einstellung: ,Wir kriegen das hin', dann wird es schwierig.“

„Wir stehen vor der Dekade der größten Veränderungen, die wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben. Für die Automobilindustrie ist aber die größte Herausforderung die Transformation“, sagte Wirtschaftsminister Olaf Lies. Aus Sicht des SPD-Politikers gibt es allerdings nicht nur die eine Automobilindustrie. „Es gibt die Fahrzeughersteller und den viel größeren Teil der Zuliefererbetriebe. Die Zulieferer müssen das liefern, was heute gefragt ist, und stehen dabei unter einem hohen Kostendruck“, stellte Lies klar



„Ich bin sehr zuversichtlich, dass die Transformation der Automobilwirtschaft gelingen wird“, sagt Olaf Lies.

und äußerte seine Sorge über die Zukunftsfähigkeit der Komponentenhersteller. Für den Wirtschaftsminister ergibt sich daher ein klarer Handlungsauftrag an die Politik: „Wir müssen die Innovationsfähigkeit der Zulieferer sichern“, sagte Lies und brachte dabei das Instrument der „Innovationspartnerschaft“ ins Spiel. Dabei handelt es sich um ein spezielles Vergabeverfahren für einen öffentlichen Auftraggeber zur Entwicklung von innovativen Dienstleistungen oder Produkten, die noch nicht auf dem Markt verfügbar sind.

Lies zeigte sich zuversichtlich, dass die Transformation der für Niedersachsen so wichtigen Automobilindustrie gelingen wird, wenn Wirtschaft, Politik und Gesellschaft an einem Strang ziehen. „Die Angst vor Veränderung würde bedeuten, dass man diesen Weg nicht geht. Das würde einen Schaden für uns alle bedeuten. Wenn wir nicht rausgehen mit der Einstellung: ‚Wir kriegen das hin', dann wird es schwierig werden“, warnte Lies und betonte dabei die Rolle der Transformationsagentur: „Ihre Aufgabe ist es, in die Unternehmen hineinzugehen, um Unterstützung und Beratung zu geben. Wir als Landesregierung haben ein großes Interesse, dass diese Arbeit fortgesetzt wird.“

Die Transformationsagentur wurde 2021 vom Arbeitgeberverband Niedersachsen-Metall und der IG Metall sowie der Demografieagentur gegründet, um den Wandel in der Metall- und Elektroindustrie – vor allem aber auf dem Automobilssektor – zu beschleunigen und zu unterstützen. „Wir wollen Transformation konkret machen. Noch niemals war die Arbeit der Transformationsagentur so wichtig wie heute. Denn so einen kumulativen Veränderungsdruck hat es noch nie gegeben und Defätismus kann keine Antwort sein“, sagte Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer von Niedersachsen-Metall. Trotz wegbrechender Umsätze durch Lieferengpässe und stark gestiegener Energiekos-

ten bei gleichzeitig massiven Investitionen in Dekarbonisierung und Digitalisierung laute das Ziel, so viel industrielle Wertschöpfung wie möglich in Niedersachsen zu halten und neue Produktionsmöglichkeiten für die Unternehmen zu finden – so gebe es schon jetzt Autozulieferer, die auch die Herstellung von Medizintechnik für sich entdeckt haben.

Auch Schmidt zeichnete ein gespaltenes Bild der Automotive-Branche: Während die Fahrzeughersteller in Krisenzeiten ihr Portfolio einfach ausdünnen und sich auf Produkte mit hohen Margen beschränken können, hätten die Zulieferer diese Möglichkeit nicht. „Die Mittelständler leben vom Marktvolumen“, sagte Schmidt. In diesem Punkt machte Prof. Vietor den Automotive-Unternehmen, die beim Netzwerktreffen in Hannover zahlreich vertreten waren, etwas Hoffnung. Durch den Wandel der Mobilität werde sich zwar der Bedarf an Fahrzeugen insgesamt verringern. „Wir werden aber weiterhin einen ganz großen Anteil an motorisiertem Individualverkehr haben. Der Illusion, dass man einen großen Teil davon auf die Schiene bringt, gebe ich mir nicht her“, sagte der Mobilitätsforscher. Gleichwohl werden die meisten Fahrzeuge künftig autonom unterwegs sein, was zu einer deutlich höheren Auslastung und auch zu einem viel höheren Verschleiß von Fahrzeugteilen führen werde.



„Die Transformationsagentur ist ein Musterbeispiel für gelebte Sozialpartnerschaft“, lobt Volker Schmidt.

„Wenn keine Perspektive da ist, dann sind Konflikte vorprogrammiert.“

IG-Metall-Bezirksleiter Thorsten Gröger bezeichnete die Transformationsagentur als „zentrales Scharnier“ für die Umstellung der Automotive-Branche. „Die Bewältigung der Transformation gelingt aber nur, wenn Geschäftsführung und Beschäftigte an einem Strang ziehen“, sagte Gröger. Viele Unternehmen hätten allerdings noch keine Gesamtstrategie für die Transformation, was es den Mitarbeitern schwierig mache, zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. „Wir können auch anders als IG Metall. Wenn keine Perspektive da ist, dann sind Konflikte vorprogrammiert. Aber lasst uns diese Energie lieber in Zukunftsprozesse stecken“, sagte der Gewerkschaftsführer in Richtung der Unternehmer. Er sprach sich dabei insbesondere für Zukunftstarifverträge und andere „belastbare Zukunftskonzepte“ aus. Gröger warnte die Unternehmen sehr deutlich davor, untätig zu bleiben: „Die Transformation der Automobil- und Zulieferindustrie ist kein Selbstläufer. Produkte und Prozesse, die nicht in absehbarer Zeit klimaneutral aufgestellt sind und die Möglichkeiten der Digitalisierung nicht berücksichtigen, sind nicht zukunftsfähig.“



Will seine Energie lieber in Zukunftsprozesse stecken anstatt in den Arbeitskampf: Thorsten Gröger.

SERIE

Blick nach Brüssel: Jan-Christoph Oetjen setzt auf flexible Antriebsformen

Die Vorbereitungen auf die Europawahl 2024 laufen allmählich an. Das Politikjournal Rundblick befragt einige Europaabgeordnete nach ihren Einschätzungen und Erwartungen. Niklas Kleinwächter hat mit Jan-Christoph Oetjen aus Rotenburg/Wümme gesprochen.

Ist das Einstimmigkeitsprinzip in der EU, was beispielsweise die Außenpolitik angeht, noch zeitgemäß? Jan-Christoph Oetjen aus Rotenburg/Wümme, Europaabgeordneter der FDP, sieht einen durchaus erheblichen Reformbedarf. Zwar habe sich in der EU etwas gewandelt. In Polen, das lange Zeit die Migration sehr kritisch gesehen hat, betrachte man mit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine die Flüchtlingsfrage anders – kein anderes Land habe so viele Kriegsvertriebene aufgenommen wie Polen. In Tschechien haben sich bei einem Regierungswechsel die moderaten Kräfte durchgesetzt. Nur Viktor Orban, der Ministerpräsident aus Ungarn, nutze sein Nein zur Migration als Mittel zur Blockade der EU-Politik. Für Oetjen, den liberalen Politiker, ist das ungarische Modell der „illiberalen Demokratie“ nichts anderes als eine autokratische Herrschaftsform. Da ja die Außenpolitik der EU auf eine Einstimmigkeit angewiesen ist, drohe ein Land wie Ungarn alles aufzuhalten – „wie in einer Gemeinderatssitzung, in der man auf den letzten Dösel warten muss“. Verschlimmert werde das dadurch, dass auch die italienische Regierungschefin Giorgia Meloni ähnliche Töne wie Orban anschlage. Die Wirklichkeit indes, fügt Oetjen hinzu, sehe dann doch differenzierter aus. Tatsächlich gebe es ja, trotz der immer wieder hervorgehobenen Nein-Haltung des ungarischen Regierungschefs, einige doch weitgehende Sanktionen der EU gegen Russland.

„Bei fast jeder Abstimmung ist offen, in welche Richtung das Ergebnis ausfällt.“



Jan-Christoph Oetjen (rechts) berichtet im Podcast mit Niklas Kleinwächter über seine Arbeit im EU-Parlament.

Oetjen hat fast 15 Jahre lang im Landtag gearbeitet, bevor er in das EU-Parlament wechselte. Warum hat er die politische Ebene verändert? „Ich wollte etwas anderes erleben, neue Gestaltungsmöglichkeiten nutzen“, sagt Oetjen, der mit einer Französin verheiratet ist und inzwischen mit ihr und den Kindern in Brüssel wohnt. Der FDP-Politiker sieht einen großen Unterschied zu den Parlamenten auf Bundes- und Landesebene. „Bei uns in Euro-

pa ist die Freiheit viel größer“, sagt er. Einen eigenen „Wahlkreis“ hat Oetjen nicht, als EU-Abgeordneter der FDP ist er für gleich drei Bundesländer als Betreuungsgebiet zuständig – neben Niedersachsen noch Bremen und Sachsen-Anhalt. Die größere Freiheit, die Oetjen bei den EU-Abgeordneten sieht, hängt auch mit dem Selbstverständnis des EU-Parlamentes zusammen. Dort gibt es die festgefügte Einteilung in Mehrheit oder Minderheit nicht, auch nicht die Konfrontation zwischen Parlament und Regierung. „Bei fast jeder Abstimmung ist offen, in welche Richtung das Ergebnis ausfällt“, sagt Oetjen. Mal sei das Resultat „Mitte-links“, ein anderes Mal dann „Mitte-rechts“. Damit sei das Europaparlament näher an einem Gemeinderat als an nationalen oder regionalen Volksvertretungen. Vergleichbar sei auch die Erfahrung, dass ein Parlament einen schweren Stand habe, wenn die Verwaltung – hier also die EU-Kommission – eine bestimmte Richtung nicht wolle oder nicht unterstütze.

„Ich bin für Technologieoffenheit.“

Die FDP hat sich in einer Fraktion mit anderen liberalen Parteien und den französischen „Macronisten“ zusammengetan, also jener Partei, die dem französischen Staatspräsidenten Emanuel Macron nahe steht. Die Bezeichnung „liberal“ werde von den französischen Freunden nicht geteilt, und auch in einigen inhaltlichen Bereichen gebe es politische Unterschiede. So seien die Macronisten wie traditionell alle Parteien in Frankreich offen für staatliches Eingreifen in die Wirtschaft – während das die Liberalen in Deutschland eher kritisch einschätzen. Oetjen arbeitet im Verkehrs- und im Innenausschuss des EU-Parlamentes, kümmert sich um Fragen der Migration oder auch um die „Verkehrswende“ bis hin zu CO₂-armen Antriebsformen. „Ich bin für Technologieoffenheit“, betont Oetjen. Für die Transportwirtschaft auf Straßen, Schienen oder Flüssen müsse es verschiedene Energieformen geben können – ebenso für den Flugverkehr, den Schwerlastverkehr und die Schifffahrt. Eine CO₂-neutrale Antriebsform für Autos werde es 2035 sicher geben können in Deutschland und in den Benelux-Ländern. „Ob das aber in Rumänien und Bulgarien auch klappt, da hätte ich Zweifel“, sagt der FDP-Politiker. Und ob es sinnvoll sei, im eiskalten nordschwedischen Winter auf E-Autos zu setzen, sei auch fraglich.

AKTUELLE PODCAST-FOLGE:



POLITIKNERDS-PODCAST MIT ... JAN-CHRISTOPH OETJEN

Was heißt Technologieoffenheit, Herr Oetjen?

▶




podigee



Spotify



Apple Podcasts



amazon music



deezer



Google Podcasts

HINTERGRUND

Wie Rot-Grün queere Projekte im Land unterstützen soll – und was das kosten muss

Von Niklas Kleinwächter

Im ersten halben Jahr der neuen Legislaturperiode konnte man den Eindruck gewinnen, keine Fraktion des niedersächsischen Landtags interessiere sich so sehr für die Belange von lesbischen, schwulen, bisexuellen, inter- und transgeschlechtlichen Menschen in Niedersachsen wie die Fraktion der AfD. Mit drei kleinen und einer dring-



lichen Anfrage haben die Abgeordneten der „Alternative für Deutschland“ versucht, ihr Wissen über Beratungsangebote für transgeschlechtliche Jugendliche, queere Projekte in Gifhorn, Pubertätsblocker und die Haltung der Landesregierung zum Selbstbestimmungsgesetz der Ampel-Koalition aufzubessern. Die anderen Fraktionen schwiegen derweil, wohl um der AfD keine Angriffsfläche zu bieten. Doch das wird sich bald ändern, denn im Hintergrund bereitet man gerade den neuen LSBTI-Aktionsplan des Landes vor. Im Idealfall soll noch vor der Sommerpause im Landtag erstmals darüber gesprochen werden, was sich SPD und Grüne in diesem Themenfeld vorgenommen haben. Auf Seite 85 ihres Koalitionsvertrages wird es kurz und knapp angesprochen.

Landesregierung bereitet LSBTI-Aktionsplan vor

Symbolträchtig wäre es zumindest, mit der Beratung im Juni-Plenum und damit im sogenannten „Pride-Monat“ zu beginnen. Und dass Rot-Grün auf diese Symbole achtet, beweist die Landesregierung bereits an diesem Mittwoch. So wird beispielsweise Niedersachsens Innenministerin Daniela Behrens (SPD) heute gemeinsam mit Hannovers Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten eine Regenbogenfahne hissen und die Vize-Ministerpräsidentin Julia Hamburg (Grüne) spricht auf dem hannöverschen Opernplatz zur „queeren Community“ – aus Anlass des heutigen Gedenk- und Aktionstages gegen Homo- und Transfeindlichkeit. Der 17. Mai bildet den Startpunkt einer ganzen Reihe von Kundgebungen und Straßenfesten, die in den kommenden Wochen wieder auf der halben Welt und auch in mindestens 15 Städten in Niedersachsen in Erinnerung an den Emanzipationskampf der queeren Gemeinschaft begangen werden. Auch die Politik wird bei diesen Gelegenheiten wieder Flagge zeigen. Im Landtag wird die Regierungskoalition dann aber beweisen müssen, dass sie mehr als nur Symbolik für die queere Community übrighaben – sondern auch Positionen im nächsten Haushaltsplan, für den die Regierung im Juli einen Entwurf erstellt.

Denn so ein LSBTI-Aktionsplan klingt zwar zunächst einmal gut in den Ohren der Adressaten, kann aber auch schnell zu Schaufensterpolitik werden. „Ein solcher Plan muss natürlich auch mit Geld hinterlegt sein“, mahnt deshalb Nico Kerski im Gespräch mit dem Politikjournal Rundblick. Kerski ist Geschäftsführer vom „Queeren Netzwerk Niedersachsen“ (QNN), jenem Verein, der als Erstzuwendungsempfänger vom Land damit beauftragt wird, die Fördergelder für queere Projekte sinnvoll zu verteilen. Deshalb weiß er sehr genau, wo noch etwas getan werden muss – und was er dafür benötigt. Das aktuelle Budget in Höhe von insgesamt 540.000 Euro für alle queeren Angebote des Landes reiche bei weitem nicht aus, sagt der QNN-Geschäftsführer. Es müsse mindestens verdoppelt, bedarfsgerecht sogar verdreifacht werden, rechnet er vor. Und selbst dann läge der Betrag im Ländervergleich in Relation zur jeweiligen Bevölkerungszahl noch unterhalb des Bundesdurchschnitts. Spitzenreiter sind dabei Berlin und Nordrhein-Westfalen.



Aber was braucht die queere Community überhaupt noch im Jahr 2023? Ist nicht inzwischen alles erreicht? Den größten Bedarf verzeichnet das QNN nach eigenen Angaben im Bereich der geschlechtlichen Vielfalt, also bei Angeboten für trans- oder intergeschlechtliche Menschen. „Wenn bei uns das Telefon klingelt, kann ich mir ziemlich sicher sein, dass es um dieses Thema geht“, sagt Kerski. Ein gesellschaftlicher Fortschritt im Bereich der sexuellen Orientierung ist spürbar, Lesben und Schwule wenden sich immer seltener an Beratungseinrichtungen. Aber der Beratungsbedarf bei Menschen, bei denen die geschlechtliche Identität nicht mit dem biologischen Geschlecht übereinstimmt, steige seit Jahren. Repräsentativen Bevölkerungsumfragen zufolge wächst die Zahl derjenigen, die sich nicht als heterosexuell oder cis-geschlechtlich verorten, also im Einklang mit der von außen zugeschriebenen Geschlechtsidentität, mit jeder Generation weiter an. Entsprechende Beratungsangebote für diejenigen, die sich mit ihrer zugeschriebenen Identität unwohl fühlen, gibt es in Niedersachsen allerdings nicht besonders viele. Aus Landesmitteln wird derzeit nur das Angebot in Lüneburg gefördert. In Hannover und Oldenburg gibt die Kommune Geld dafür aus und in Braunschweig wird es demnächst ein Angebot aus Mitteln der „Aktion Mensch“ geben. Andere Beratungsstellen laufen derweil komplett ehrenamtlich.

Beratungsstellen auch in Aurich oder Leer geplant

Weil Kerski davon ausgeht, dass der Beratungsbedarf nicht zuletzt aufgrund des von der Bundesregierung geplanten Selbstbestimmungsgesetzes, weiter anwachsen wird, fordert er an dieser Stelle eine entsprechende Anhebung der Landesförderung. Das Gesetz soll es einfacher machen, den juristischen Geschlechtseintrag zu ändern. Kerski betont, dass es künftig fünf oder sechs Beratungsstellen in Niedersachsen geben sollte, die bei lokalen Trägervereinen angedockt sein könnten. Jede Beratungsstelle sollte zudem mit einem Konzept ausgestattet sein, wie das Angebot dann aufs umliegende Land ausstrahlen kann. Dabei spiele digitale Beratung natürlich auch eine Rolle, aber gerade beim Erstkontakt sei es sinnvoll, wenn man einander von Angesicht zu Angesicht begegnen kann, sagt der QNN-Geschäftsführer. Deshalb sollte beispielsweise eine Beratungsstelle in Oldenburg regelmäßig auch in Aurich oder Leer vor Ort ansprechbar sein. „Wir brauchen dabei ein Konzept aus einem Guss“, sagt Kerski. Dazu gehören auch einheitliche Qualitätsstandards, an denen das QNN gerade in Abstimmung mit dem Sozialministerium arbeitet. Veranschlagter Kostenpunkt für das landesweite Beratungsangebot: mindestens 160.000 Euro.

Dieser Posten allein erklärt aber noch nicht den postulierten Wunsch nach einer Verdreifachung des Budgets. Kerski hat über die Trans-Beratung hinaus einen Plan, der detailliert beziffert, welcher Bereich künftig wie viel Geld mehr braucht. Von den 540.000 Euro, die das Land in den zurückliegenden Haushaltsplänen insgesamt pro Jahr für Queerpolitik bereitgestellt hat, sind 70.000 Euro für sächliche Verwaltungsausgaben im zuständigen Referat des Sozialministeriums vorgesehen, 100.000 Euro kamen vom Kultusministerium und gingen direkt an das an Schulklassen gerichtete Aufklärungs- und Antidiskriminierungsprojekt „Schlau“, die übrigen 370.000 Euro gingen ans QNN. Mit 151.000 Euro davon finanziert der Verein seine Geschäftsstelle, je 35.000 Euro gingen an die „Landeskoordination Inter*“ und die „Landesfachstelle Trans*“, mit den übrigen 219.000 Euro wurden regionale Projekte im ganzen Land gefördert. Künftig, so wünscht es sich Kerski, müsste die Finanzierung der QNN-Geschäftsstelle und der beiden „Landesfachstelle für Trans* und Inter*“ erheblich aufgestockt werden, um die wachsenden Aufgaben bewältigen zu können. Zudem fordert er finanzielle Mittel für Projekte gegen queerfeindliche Hasskriminalität. Zusätzlich zu den Ansprechpersonen, die die Polizei inzwischen vorsieht, stellt man sich beim QNN eine zivilgesellschaftliche Anlaufstelle für queere Menschen vor, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität Gewaltopfer geworden sind und damit nicht zuerst zur Polizei gehen möchten.

Gesteigerter Aufklärungsbedarf in Sport und Schule

Auch wenn queere Personen im öffentlichen Raum sichtbarer werden, sieht Kerski immer noch Bereiche, in denen es einen gesteigerten Aufklärungsbedarf gebe: etwa im Sport oder im schulischen Umfeld. Für das Projekt „Vielfalt in Bewegung“, das derzeit noch von der Lotto-Sport-Stiftung finanziert wird, setzt Kerski künftig auf einen Landeszuschuss, um Projekte zur sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt gemeinsam mit dem Landessportbund anbieten zu können. Ergänzend zu „Schlau“, das sich speziell an Schüler wendet und derzeit mehr als doppelt so viele Anfragen erhält, wie es wahrnehmen kann, möchte man beim QNN künftig auch das Projekt „Schule der Vielfalt*“, das Informationen und Schulungen auch für Lehrkräfte und Schulleitungen anbietet, finanziell ausstatten. Derzeit wird das Angebot, bei dem bereits vier Schulen in Niedersachsen mitmachen, rein ehrenamtlich betreut. Doch auch hier sorgt der generationelle Wandel für erhöhten Beratungsbedarf, etwa wenn es um Toiletten für das Dritte Geschlecht oder die entsprechend korrekte Zimmerzuteilung bei Klassenfahrten geht.



Derzeit wird das Angebot, bei dem bereits vier Schulen in Niedersachsen mitmachen, rein ehrenamtlich betreut. Doch auch hier sorgt der generationelle Wandel für erhöhten Beratungsbedarf, etwa wenn es um Toiletten für das Dritte Geschlecht oder die entsprechend korrekte Zimmerzuteilung bei Klassenfahrten geht.

Mit Kultusministerin Hamburg und Sozialminister Andreas Philippi (SPD) sind nun gerade die zwei Mitglieder der Landesregierung mit den Themen der LSBTI-Politik befasst, die im vergangenen Herbst auch in den Koalitionsverhandlungen den entsprechenden Absatz gemeinsam formuliert haben. Hamburg hatte dabei die „Kampagne für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Niedersachsen“ aus der Zeit der vorherigen rot-grünen Landesregierung im Kopf, an die sie gerne anknüpfen wollte. Damals gab es im Doppelhaushalt 2017/18 jeweils 1,3 Millionen Euro – ein Betrag also, der irgendwo zwischen einer Verdopplung und einer Verdreifachung der aktuellen Summe liegt. Nun bleibt abzuwarten, welche Beträge SPD und Grüne in Gedanken am Rand der Seite 85 ihres Vertragswerks notiert haben. Daran wird sich zeigen, was nur symbolisch gemeint war – und wo Rot-Grün in der Queerpolitik Farbe bekennt.

P UND P

Personen und Positionen

Falko Mohrs, Wissenschaftsminister, und **Olaf Lies**, Wirtschaftsminister, haben ein 27-Millionen-Euro-Programm zur Unterstützung der Kultureinrichtungen vorgestellt. Es geht um Komplementärmittel zum Bundesprogramm für den „Kulturfonds Energie“, um Hilfen für Museen, Musikakademien, Theater und Orchester in kommunaler Trägerschaft, um Heimatvereine, Freilichtbühnen, Musikschulen und Kunstvereine, um Landschaftsverbände, Volkshochschulen und Heimvolkshochschulen. Ein weiteres 50-Millionen-Programm für die Veranstaltungsbranche steht noch aus, es soll bald verkündet werden. Vorgesehen ist dafür dann das folgende Modell: Veranstalter, die ihr Konzert wegen zu wenig verkaufter Karten mit einem Defizit abschließen, können sich das Defizit vom Land ausgleichen lassen. Sie bekommen dann für jede verkaufte Eintrittskarte das Doppelte des Preises vom Land ersetzt – wobei eine Obergrenze eingerichtet wird, die auf der Linie des drohenden Defizits liegt. Auf diese Weise, sagen Mohrs und Lies, wird der Veranstalter animiert, sich um einen reichlichen Kartenverkauf zu bemühen.



Stellen das Hilfsprogramm vor (von links): Wirtschaftsminister Olaf Lies, LPK-Leiterin Elisabeth Woldt, Wissenschaftsminister Falko Mohrs und seine Sprecherin Julia Streuer.

Soyeon Schröder-Kim, Ehefrau von Altkanzler Gerhard Schröder, hat ihren Arbeitsplatz verloren. Wie der „Kölner Stadtanzeiger“ berichtet, will die „NRW.Global Business“, eine dem Land Nordrhein-Westfalen gehörende Gesellschaft zur Förderung der Außenwirtschaft, das Dienstverhältnis mit Schröder-Kim fristlos beenden. Das hat eine Sprecherin von NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) dem „Kölner Stadtanzeiger“ mitgeteilt. Schröder-Kim soll für die Gesellschaft als Repräsentation für Südkorea aktiv gewesen sein. Auslöser für die Trennung ist offenbar die Tatsache, dass Schröder-Kim an der Seite ihres Mannes auch bei politisch relevanten Veranstaltungen aufgetreten ist, etwa bei Auslandsreisen oder jüngst bei einer Feier aus Anlass des Sieges der Sowjetunion über Deutschland von 1945, diese Feier hatte in der russischen Botschaft in Berlin stattgefunden. Die Neubaur-Sprecherin erklärte, man habe Schröder-Kim mehrfach darauf hingewiesen, dass sich Repräsentanten bei politisch sensiblen Themen in der Öffentlichkeit zurückhalten müssen.



Soyeon Schröder-Kim nimmt an einem deutsch-koreanischen Wirtschafts- und Technologieseminar für ihren ehemaligen Arbeitgeber „NRW.Global Business“ in Köln teil.

Kathrin Wahlmann, Justizministerin, hat den Jahresbericht der „Stiftung Opferhilfe“ vorgestellt. Im vergangenen Jahr sind landesweit 2578 Betroffene unterstützt worden – etwa, indem sie professionelle Begleitung bei Zeugenaussagen vor Gericht erhielten. Häufig waren es Frauen, die Opfer von Delikten gegen die sexuelle Selbstbestimmung geworden waren.



Christoph Rabbow, Vorsitzender des Philologenverbandes Niedersachsen, protestiert gegen Pläne des Kultusministeriums, von August 2025 an Haupt-, Real- und Oberschulen eine Zusammenlegung bestimmter Fächer zu gestatten – also etwa Chemie, Biologie und Physik oder auch Geschichte, Erdkunde und Politik. Entsprechende Vorschläge von GEW-Landeschef Stefan Störmer waren von der Sprecherin von Ministerin Julia Hamburg positiv aufgenommen worden. Rabbow sieht darin „einen Frontalangriff auf das Fachlehrer-Prinzip“, er sieht „eine ausgemachte Sache zwischen GEW und Frau Hamburg“ mit dem Ziel, den Lehrerberuf „zu deprofessionalisieren“. So werde „durch die Hintertür der Einheitslehrer eingeführt“. Nach Rabbows Ansicht würde ein solcher Weg den späteren Aufstieg von Realschulabgängern nach Klasse 10 ins Gymnasium erschweren.

Bildnachweise

Titelbild: Niklas Kleinwächter; S. 1 und 2: Florian Arp; S. 4 und 5: Sina Gartz; S. 6: LSVD/Michael Wallmüller; S. 7: QNN; S. 8: Kleinwächter; S. 9: Klaus Wallbaum, Instagram/Soyeon Schröder-Kim; S. 10: Philologenverband Niedersachsen

Impressum

HERAUSGEBER

**3QM DREI QUELLEN
MEDIENGRUPPE**

Drei Quellen-Mediengruppe GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
info@drei-quellen-mediengruppe.de
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 5784

REDAKTION

Dr. Klaus Wallbaum (Chefredakteur
V.i.S.d.P.); Christian Wilhelm Link
(Chefredakteur Wirtschaft); Niklas
Kleinwächter (Chef vom Dienst); Au-
drey-Lynn Struck (Redakteurin); Sina
Gartz (Assistenz)

Marktstraße 45, 30159 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 40
Telefax (0511) 13 22 29 59

redaktion@rundblick-niedersachsen.de
www.rundblick-niedersachsen.de

SERVICE FÜR ABONNENTEN

Tomas Lada
Telefon (0511) 13 22 29 55
Telefax (0511) 13 22 29 58
lada@drei-quellen-mediengruppe.de

Bezugspreis ab 37,- Euro pro Monat,
Z.-Nr. H 2871, Erscheinungsweise reg.
5 x wöchentlich